

Wallis in den Jahren 1814 und 1815

I. (politischer) Teil ¹⁾

Der Sieg der verbündeten Mächte über Napoleon I. in der Völkerschlacht bei Leipzig (16., 17. und 18. Oktober 1813) war für Wallis die Morgenröte seiner Unabhängigkeit von der französischen Herrschaft, unter welcher es seit 3 Jahren als Département du Simplon gestanden.

Auf die Nachricht, daß die Verbündeten den Rhein bei Basel überschritten hätten, verließ der damalige Präfect des Departements, Graf de Rambuteau, den 24. Dezember plötzlich Sitten und begab sich nach St. Moritz. Am folgenden Tage schlug er mit der kleinen Besatzung von dorten und unter Mitnahme der Landeskasse ungehindert den Weg über den mit Schnee und Eis bedeckten Forclaz-Paß nach Chamonix und von da nach Chambéry ein, weil feindliche Truppen ihm den Weg nach Savoyen den See entlang abzuschneiden drohten.

Skaum hatten die französischen Landjäger Simpeln verlassen, so erschien Oberst Baron von Simbschen an der Spitze von 600 Mann österreichischer Infanterie und Kavallerie im Wallis und besetzte das Land im Namen der verbündeten Mächte. Durch Bekanntmachung

¹⁾ Um spätere Quellenangaben zu vermeiden, sei kurz erwähnt, daß zu dieser Arbeit die Kantonsarchive, das Bezirksarchiv von Mörel und die eidgen. Archive benutzt wurden. Zu den Archiven auf Valeria hatte ich leider trotz mehrfachen Anfragen keinen Zutritt. — Meinen besondern Dank dem Hochw. Herrn Pfarrer Schmid in Mörel, welcher mir seine Abhandlung „Eine Episode aus den Verfassungskämpfen 1814“ zur Verfügung stellte.

vom 31. Dezember erklärte er alle französischen Behörden für aufgelöst, alles französische Eigentum für beschlagnahmt und berief eine Versammlung von 12 Abgeordneten, je einen durch Zehnden, auf den 4. Januar 1814 nach Sitten ein, welche unter dem Namen Centraldirektion, Centralregierung, vorläufig die Verwaltung des Landes besorgen sollten.

Die Abgeordneten traten am bestimmten Tage in Sitten zusammen und wählten den Baron von Stöckalper zu ihrem Vorsitzenden und alt Landvogt Taffiner zu dessen Stellvertreter. Noch ehe sie ihre Beratungen angingen, schickten sie eine Gesandtschaft bestehend aus den HH. Baron von Stöckalper, Baron von Werra, Graf von Courten, Bürgermeister de Quartéry und Friedensrichter Delasoie in das Hauptquartier der Verbündeten ab, welche diesen im Namen des Landes zu ihren Siegen Glück wünschen, die versprochene Unabhängigkeit schriftlich bestätigt verlangen und für eine gütliche Entschädigung für den Unterhalt der Truppen die nötigen Schritte thun sollten. Die Gesandtschaft wurde von Fürst Metternich entlassen mit der Versicherung, daß Wallis von Frankreich losgetrennt werde und von neuem die Vorteile genießen solle, die es seit Jahrhunderten glücklich machten. Anderseits aber legte er ihr ans Herz, nichts zu versäumen, was der allgemeinen Sache dienlich sein könnte, um auf diese Art der hohen Protektion sich würdig zu zeigen.

Am folgenden Tage (5. Januar) eröffnete Taffiner, in Abwesenheit von Stöckalper, die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er sich glücklich schätzte, wenn die Versammlung zur politischen Neugestaltung des Landes etwas beitragen könne. Man schickte sodann eine Abordnung an den eben in Sitten weilenden Baron von Simbschen ab, um ihn zu bitten, bei den Monarchen für Wallis ein gutes Wort einzulegen, welches in diesen ernsten Zeiten sein Loos nur den Gefinnungen derselben zu verdanken habe. Von Simbschen erschien bald darauf selbst im SitzungsSaale und ermangelte nicht, die Versammlung der wohlwollenden Gefinnungen der verbündeten Mächte zu versichern.

Die Centraldirektion nahm vorläufig die Regierungsgeschäfte zur

Hand, traf einige militärische Anordnungen zur Verteidigung der noch immer bedrohten Landesgrenze gegen Piemont und ernannte die durch Simbschen abgesetzten Zehnden- und Gemeindebehörden, ohne sich um eine endgültige Regelung der Regierungsordnung näher zu bekümmern. In der Sitzung vom 8. April wurde sodann, auf den Vorschlag eines Mitgliedes, die Centraldirektion von 12 auf 3 Mitglieder vermindert, um Kosten zu ersparen einerseits und in Voraussicht eines baldigen Landrates anderseits.

Dieses Vorgehen gefiel aber den Mächten keineswegs. Schon am 2. Mai schrieb Baron Schraut in seinem und der verbündeten Mächte Namen an Oberst Simbschen, er wolle der provisorischen Regierung von Wallis bedeuten, daß sie (die Mächte) dem Lande zwar die Unabhängigkeit sichern, daß es aber, dem Beispiele von Genf und Neuenburg folgend, sich bald eine rechtmäßige Regierung gebe und baldmöglichst Gesandte nach Zürich schicke, welche, mit genügenden Vollmachten versehen, mit der Tagsatzung über ihre Einverleibung in die Schweiz. Eidgenossenschaft in Unterhandlung treten sollen.

Durch unliebsame Verzögerung gelangte der Brief an Oberst Simbschen erst am 24. Mai in die Hände der provisorischen Regierung, welche dann auch am folgenden Tage mittelst Kreisschreiben die Großkastellane aufforderte, sofort die Zehndenräte zusammenzuberufen zur Wahl von je 2 Abgeordneten durch Zehnden, welche sich am 30. gleichen Monats in Sitten besammeln sollten. Gleichzeitig meldete sie dem österreichischen Minister Schraut, daß die Abgeordneten nach Zürich vor 8. Juni kaum können abgeschickt werden.

Unter Kenntnissgabe der Note des Ministers von Oestreich schrieb die provisorische Regierung an die Tagsatzung, daß sie demnächst eine Abordnung nach Zürich schicken werde, um dort den förmlichen Wunsch des Volkes, wieder mit der Schweiz vereinigt zu sein, auszusprechen und zu erklären, „wie sehr angenehm, wie unauflöslich die Banden „gewesen, welche das Wallisland an die Schweiz seit mehreren Jahrhunderten geknüpft hatten, wie sehr sich dieses Land zur Ehre rechnetete von der Schweiz nie abgesondert zu werden, sowie es auf „diesem Entschluß in beschwerlichen kritischen Zeiten durch seinen

„öffentlichen Protestaz fattsam bewiesen habe, mit was für einer „Dankbarkeit es die Nachricht von seiner Wiederaufnehmung erhalten „werde, was für Opfer und Bemühungen es zu machen vornehme, „um sich würdig der Ehre zu machen, in die alten, angenehmen und „vorteilhaften Bündnisse mit der helvetischen Eidgenossenschaft wieder „eingesetzt zu werden.“

Vorläufig wird geantwortet, daß die Tagsatzung sich über die Erlösung des Landes von einem drückenden Zustande, welcher schon mehr denn 2 Jahre dauere, sehr freue und daß sie der Regierung für die Liebe und Anhänglichkeit, welche sie damit bezeuge, wieder als ein altes Glied des Bundes sich der Eidgenossenschaft anzuschließen, danke.

Am 14. Juni erst konnte der Tagsatzungspräsident der Versammlung die Ankunft der Walliser Abgeordneten anzeigen. Es waren dies die H. H. Leopold de Sépibus, Präsident des provisorischen Regierungsrates, alt Landshauptmann Eugen Lieberat von Courten, Großkastellan des Zehndens Sitten und P. M. de Lavallaz, Großkastellan des Zehndens Monthey. Laut der ihnen ausgestellten Vollmacht waren sie bevollmächtigt, über die Vereinigung der Republik Wallis in den eidgenössischen Bund in Unterhandlungen zu treten und die diesfallsigen Bestimmungen festzusetzen.

Die diplomatische Kommission, ohne deren Gutachten die Tagsatzung damals keinen wichtigen Entscheid traf, wurde beauftragt, mit der Gesandtschaft von Wallis sich zu beraten und Bericht zu erstatten. Dem Berichte über die am 18. Juni stattgehabte Konferenz entnehmen wir, daß die Walliser Abgeordneten vom Präsidenten der Kommission in angemessener Weise begrüßt und angefragt wurden, ob Wallis wünsche, gegen die Schweiz in die alten Verhältnisse als zugewandter Ort zu treten oder aber in die Rechte und Verbindlichkeiten sämtlicher Stände einverleibt zu werden. Die Walliser Abgeordneten antworteten laut Instruktion; um dem Provisorium ein Ende zu machen, steige das Bedürfnis nach einer Verfassung von Tag zu Tag und da bis zur Rückkehr der Gesandten nichts vorgenommen werden könne, so ersuchen sie die Tagsatzung, ihre Rückkehr

so viel als möglich zu beschleunigen, und ihnen soviel Trost mitzugeben, als die Kompetenz der Behörde es gestatte. Auf einen günstigen Bericht der diplomatischen Kommission wurde der Präsident der Tagsatzung beauftragt, das Ansuchen von Wallis auf entgegenkommende Weise zu beantworten und beförderlichst empfehlend den Ständen zu angemessener Instruktion mitzuteilen.

Der am 30. Mai zusammengetretene Landrat hatte sich nach Erledigung einiger unwichtigen Geschäfte aufgelöst, indem er vor Rückkehr der Gesandten in Zürich und vor Kenntnissnahme der Gesinnungen der Tagsatzung betreff der Aufnahme von Wallis in die Eidgenossenschaft, keine Verfassungsarbeiten vornehmen zu dürfen glaubte.

Der Bericht der Gesandten (Sprecher de Sépibus) fiel nicht zu Gunsten einer Vereinigung aus. Während ihres Aufenthaltes in Zürich, sagte der Berichterstatter, habe er sich überzeugen können, daß unter den verschiedenen Teilen des Landes kein gutes Einvernehmen herrsche, weshalb er nicht für eine Einverleibung des Wallis sei, was freilich nicht in seiner Spezialinstruktion gestanden. Da überdies der Bundespakt noch vor der Aufnahme des Wallis angenommen werde, so sei dem Lande die Möglichkeit benommen, seine Wünsche in dieser Beziehung geltend zu machen. Der erste Schritt war jedoch gethan, und man schien die Ansicht de Sépibus nicht geteilt zu haben; jedenfalls wurde ihr keine Folge gegeben.

Die Verzögerung der Verfassungsarbeiten gefiel den Ministern der Verbündeten keineswegs. Durch eine Note vom 3. August ließen sie Wallis fühlen, daß das Land seine Befreiung von fremder Herrschaft nur ihnen zu verdanken habe und fügten bei, Wallis solle so schnell als möglich aus dem schon 8 Monate dauernden Provisorium herauskommen, sich eine Regierung geben und die Verfassung nach dem Vorbilde der benachbarten Stände endlich vollenden. Da sie nicht wissen wie weit diese Arbeiten bis zur Stunde gediehen seien, so wünschen sie Auskunft hierüber.

Die provisorische Regierung antwortete so gut sie eben konnte (14. August). Ursache der Verspätung sei die Ungewißheit, ob sie als Kanton in die Eidgenossenschaft aufgenommen werden. Die Ge-

sandtschaft nach Zürich sei erst am 27. Juni zurückgekehrt; sie habe Bericht erstattet und man habe ihr mit großer Spannung zugehört und daher von der Voraussetzung ausgehend, dem Wunsche von Wallis werde entsprochen, seien die Berufungs-Briefe an alle Zehnden am 1. Juli abgegangen, sie einladend, einen erfahrenen Gesandten abzuordnen, um die Grundlagen einer Verfassung auszuarbeiten. Diese „wichtige Kommission“ sei am 11. Juli zusammengetreten und habe während 23 Tagen den Entwurf zu einer Verfassung ausgearbeitet. Am 5. August sei dieser Entwurf in genügender Anzahl an die Zehnden verschickt worden, um den Gemeinden zur Kenntnis gebracht zu werden. Vor einiger Zeit könne das Resultat ihrer Beratungen nicht erwartet werden; sobald dies geschehe, werde ein „konstituierender Landrat“ einberufen, welcher Spezialvollmachten erhalte, die Verfassung im Namen des Volkes anzunehmen, eine Verfassung, der sich das Volk um so eher unterwerfe, weil es deren Artikel selbst eingesehen und angelobt habe. „So will ein Volk,“ fährt die Antwort fort, „dessen Landsturm die Feinde von den Grenzen vertrieben hat, auch vorher seine Konstitution kennen, welcher es nachher unterworfen ist. Wallis ist der einzige Teil der Schweiz, wo man die „Demokratie unvermischt und zugleich repräsentativ findet. Das Land „ist zu ausgedehnt, um Landsgemeinden abhalten zu können; anderseits sind Vertreter mit unumschränkten Vollmachten seinen Gebräuchen zuwider. Um vom Volke Gehorsam zur Konstitution zu erlangen, ist es unerlässlich, daß es deren Einzelheiten kenne und „bezirksweise, genannt Zehnden, annehme, andernfalls würde sich „niemand hergeben, deren Artikel festzusetzen, noch weniger aber, dieselben zu vollziehen.“ Inzwischen würde man Gesandte nach Zürich senden, sobald deren Gegenwart als nützlich betrachtet werde, welche sodann die H. H. Minister aufklären und im Namen des Volkes ihnen danken und den Wunsch aussprechen sollten, die Gunst der Minister noch fernerhin zu bewahren.

Die am 11. Juli zusammengetretene Kommission für Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes begann ihre Arbeiten mit einer religiösen Feier: eine gesungene Messe mit Veni-Creator. Der hochbetagte

Bischof übernahm das Präsidium bis zur Wahl des Bureau. Am 2. August konnte diese Kommission den Entwurf dem provisorischen Regierungsrate mitteilen, behufs Versendung an die Zehnden und löste sich sodann auf. Jedoch blieb der letzte Titel des Entwurfs, handelnd von der Art und Weise der Einberufung des konstituierenden Landrates, aus. Durch Memorandum vom 1. September an den provisorischen Regierungsrat verlangten die untern Zehnden Einberufung des Landrates nach dem Gesetze von 1810, indem dieses durch kein anderes Gesetz widerrufen sei und folglich noch in Kraft bestehe. Es wurde ihnen geantwortet, daß dies Sache der Kommission sei und daß man ihren Beratungen nicht vorgreifen solle. Die Kommission wurde deshalb noch einmal auf den 11. September zu einer letzten Sitzung einetagt, um den unvollendet gelassenen Konstitutions-Entwurf zu Ende zu führen.

Die Kommission konnte sich leider hierüber nicht einigen. Nachdem man ihr, auf ihren Wunsch, die H. Regierungsräte de Rivaz und de Courten, zur Lösung der bestehenden Differenzen, beigegeben hatte, kamen die Abgeordneten nach vergeblichen und mühevollen Beratungen am 16. September zur Einsicht, daß eine Verständigung nicht erzielt werden könne, indem die einen den konstituierenden Landrat nach Kopfzahl einberufen wissen wollten, die andern hierüber keine Instruktionen erhalten zu haben vorgaben. Man trennte sich noch einmal unverrichteter Dinge und jede Partei suchte nun ihr Heil bei den Ministern der auswärtigen Mächte, indem sie sofort Gesandte nach Zürich schickten, um dieselben für ihre Sache zu gewinnen.

Ein gleichzeitiger Brief des Herrn de Sépibus giebt uns Aufschluß über die Gesinnungen der politischen Personen im Ober-Wallis. (Siehe Beilage 1.)

Die H. Minister, welche durch Schreiben vom 12. September die Hoffnung aussprachen, daß die Verfassung von Wallis nunmehr vollendet sei und nichts mehr zu wünschen übrig lasse, waren nicht wenig erstaunt, Gesandte aus dem Wallis zu empfangen und von ihnen hören zu müssen, daß in dieser Sache noch sehr viel zu thun übrig bliebe. Sie sahen sich deshalb veranlaßt, selbst die Lösung

der Schwierigkeiten, welche die Parteien teilten, an Hand zu nehmen. Diese Schwierigkeiten waren: Teilung des Landes in Zehnden und die Nationalvertretung auf den Landrat. Die Ober-Walliser verlangten nämlich nichts weniger als Beibehaltung ihrer 7 alten Zehnden, während sie dem Unter-Wallis nur 3 zugestehen wollten. Auch sollten die Vertreter auf den Landrat nach Zehnden und nicht nach Kopfszahl gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß Unter-Wallis hierauf nicht eingehen konnte.

Die Minister mußten nun einen Mittelweg finden, um beiden Parteien etwas und keiner alles zu geben. Sie erließen deshalb eine Note vom 23. Oktober, in welchem sie dem künftigen konstituierenden Landrat folgende Winke gaben, die aber vielmehr als Befehle zu betrachten sind.

Wenn auch das Andenken an die alte Regierungsform heilig sei, schreiben sie, und noch nicht seine ganze Wichtigkeit verloren habe, so könne man einen Uebergriß auf die erworbenen Rechte des Unter-Wallis nicht dulden. Zu einer billigen Einteilung der Zehnden müsse die Bevölkerungszahl, die bestätigte Freiheit des Unter-Wallis, sowie die demokratischen Prinzipien, auf welchen die neue Verfassung beruhen solle, in Betracht gezogen werden. Die Minister erklärten, daß die Forderung des Ober-Wallis, dahingehend, die 7 alten Zehnden beizubehalten und dem Unter-Wallis nur 3 Zehnden zu gestatten, absolut unannehmbar sei. Demgemäß müsse sich folgende Einteilung von selbst empfehlen. Die 5 obern Zehnden als Goms, Brig, Visp, Maron und Leuf, mit ihren 18,850 Bevölkerung, verbleiben in ihren frühern Begrenzungen. Aus Sitten und Siders, mit einer Bevölkerungszahl von 15,160 werden 3 gebildet. Das Unter-Wallis mit einer Bevölkerung von 29,514 aber solle in 5 Zehnden geteilt werden. So halte Ober- und Unter-Wallis sich die Wage, während Mittel-Wallis den Ausschlag gebe. Besonders solle hierbei die politische Bedeutung der Stadt Sitten wohl in Betracht gezogen werden, welche als Hauptort des Landes, durch seine politische Ueberlegenheit von früher her, durch ihre ausreichenden Mittel, durch ihre Anzahl vorzüglicher Männer und durch ihre alten aristokratischen Einricht-

ungen in ihrem Zehnden vorzüglich jenen Einfluß haben würde, welchen sie ihrer Stellung nach haben müßte. Es würde sich das Kollektiv-Votum empfehlen, so daß jeder Zehnden nur eine Stimme im Landrate habe, und mit vollständiger Weglassung des Referendums als mit einer guten Verwaltung unvereinbar, es sei denn in Sachen der Steuern.

Sodann müsse eine ständige Regierung eingesetzt oder aber dem Landeshauptmann ausgedehntere Befugnisse zuerkannt werden, unter Beigabe von 2 Stellvertretern mit beratender Stimme, welche aus beiden Landesteilen zu nehmen wären. Im Landrate selbst sollte den zwei Stellvertretern eine Stimme zuerkannt werden, welche bei Meinungsverschiedenheit nicht gezählt würde. Im Landrate würden sich somit im Ganzen 16 Stimmen ergeben: 13 die Zehnden, 1 der Landeshauptmann, 1 die Stellvertreter und 1 der Bischof. In allen Abstimmungen solle die absolute Mehrheit entscheiden. Nach diesen allgemeinen Bestimmungen solle die Organisation des Landes vorgenommen werden.

Bis zur Zusammenkunft eines weitem konstituierenden Landrates im Monat November suchten beide Parteien an Boden zu gewinnen. So beriefen die obern Zehnden eine Versammlung der einflußreichsten Männer aller obern Zehnden nach Turtman zur Besprechung der gemeinsamen Interessen des Ober-Wallis. (Siehe Beilage 1.) Was hier verhandelt wurde, kann nicht festgestellt werden, indem ein bezügliches Protokoll nicht vorhanden zu sein scheint, und andere Nachrichten ganz fehlen. Jedenfalls kam auch die Trennung des Landes zur Sprache, welche die Führer des Unter-Wallis damals ernstlich besprachen. Dieses Vorhaben fand aber im Lande selbst wenig Anklang, wie die Beschlüsse der Urversammlungen von Collonges, Evionnaz, St. Moritz, Baldfiez, Mey, Salvan u. s. w. beweisen, welche teils mit teils ohne Bedingungen gegen eine Teilung sich entschieden. Diesem Lieblingsgedanken der Unter-Walliser machten die Minister einen Strich durch die Rechnung, wie wir später sehen.

Der neue konstituierende Landrat versammelte sich im Monat November, jedoch auch dieses Mal ohne Resultat. Keine Partei wollte

von ihren Forderungen abstehen, was zu unerquicklichen Auftritten im SitzungsSaale selbst Veranlassung gab, so daß sich die Abgeordneten der untern Zehnden, nach einer lärmenden Sitzung, am 27. November veranlaßt fanden, die Sitzung zu verlassen. Auf eine Einladung des Regierungsrates, an den Verhandlungen wieder teilzunehmen, wurde ihm geantwortet, daß Vorsicht ihnen gebiete, Sitzungen, wie die letztern, zu vermeiden. Wenn der Präsident ihnen schriftliche Versicherungen gebe, daß in Zukunft vollkommen Ruhe herrsche, damit jeder frei seine Meinung äußern könne ohne Mißbilligung und Lärm, so seien sie nicht abgeneigt, wieder zu den Sitzungen zu erscheinen. Sie erhielten zur Antwort, daß sie nach eingezogenen Berichten, vor ähnlichen Vor-
kommnissen sicher sein können. Das genügte ihnen jedoch nicht und die Abgeordneten des Unter-Wallis erschienen nicht wieder.

Die übrigen Zehnden setzten ihre Beratungen fort und schritten am 3. Dezember zur Wahl der Regierung, mit vorausgehender nochmaliger Einladung an die untern Zehnden, zu den Sitzungen zu kommen. Diese aber erklärten nun des bestimmtesten, sie hätten ausdrückliche Instruktionen, den Beratungen fern zu bleiben; überdies seien mehrere Gesandte bereits abgereist, indem sie ihre Gegenwart in der Hauptstadt für überflüssig betrachteten. Auf dies bemerkte der Präsident, daß es der ausdrückliche Wunsch des Volkes von Ober-Wallis sei, endlich aus dem provisorischen Zustand herauszukommen; er hält dafür, daß die Abwesenheit der Unter-Walliser Gesandten die Ernennung der Regierung nicht aufzuschieben vermöge, indem das Kapitel auch gegenwärtig und die Versammlung somit beschlußfähig sei. Dieser Ansicht waren auch die übrigen Mitglieder der Versammlung und der Regierungsrat wurde bestellt aus den H^H. de Sépibus, Landshauptmann, de Rivaz, Stellvertreter, Regierungsrat de Courten, Schatzmeister. Da nun de Rivaz erklärte, an seine Instruktionen gebunden zu sein und das Amt nicht annehmen könne, so wurde dem Landshauptmann zur Erledigung der Geschäfte 2 Mitglieder des provisorischen Regierungsrates beigegeben, bis alle Mitglieder der Regierung beisammen seien.

Der Bruch war diesmal so vollkommen, daß an eine Einigung der

Parteien, ohne fremde Dazwischentunft, nimmer zu denken war. Beide Teile nahmen wieder ihre Zuflucht zu den Vertretern der verbündeten Mächte in Zürich, indem sie so schnell als möglich Gesandte dahin abordneten: für Ober-Wallis Julier und Zundermatten, für Unter-Wallis Dufour und Duc.

Nach schwieriger Reise und bei schlechtem Wetter sind die Gesandten von Ober-Wallis am 30. Dezember in Zürich angekommen. Sie begaben sich noch am gleichen Tage zum Tagungspräsidenten von Wyß, um ihm den Zweck ihrer Reise bekannt zu geben. Den Ministern wurde schriftlich ihre Ankunft mitgeteilt, ihnen gleichzeitig bedeutend, daß sie ihnen Brieffschaften von ihrer Regierung abzugeben hätten, weshalb sie um eine Audienz nachsuchten. Um unterdessen keine Zeit zu verlieren, machten sie ihre Aufwartung bei den Tagungsabgeordneten, vorzüglich bei denen von Bern, Freiburg, Solothurn und Glarus, welche für Ober-Wallis am besten gestimmt schienen.

Die Gesandtschaft von Unter-Wallis, obgleich schon früher in Zürich angekommen, schien sich ruhig zu verhalten und gab nicht den Anschein, als ob sie es eilig hätte, jedenfalls hatte sie dem Präsidenten der Tagung noch keinen Besuch abgestattet.

Die gewünschte Audienz bei Herrn Baron von Schraut erhielten die Ober-Walliser Abgeordneten erst am 7. Januar (1815). Erst jetzt merkten sie, daß die Unter-Walliser Gesandten nicht unthätig gewesen, indem sie zu ihrem Leidwesen wahrnehmen mußten, daß diese „den guten alten Herrn auf den höchsten Grad zu ihrem System verleitet hatten, sei es in Betracht des Referendums, des Staatsrates, als auch der Nichtvollziehung der Konstitution, bevor sie von „den hohen H. Ministern ratifiziert werde.“ Die Gesandten verteidigten ihren Standpunkt so gut es immer gieng und brachten es endlich soweit, daß von Schraut sich befänstigte und sie entließ mit der Bemerkung, er werde die zwei Gesandtschaften von Wallis gleichzeitig zu einer Konferenz berufen und dann trachten die Differenzen auszugleichen. Eine andere Ueberraschung wurde der Ober-Walliser Gesandtschaft zuteil, als sie folgenden Tags bei dem Minister von

England (Abdington) vorgelassen wurden. Derselbe führte viel härtere Ausdrücke gegen das Unterfangen der Ober-Walliser und führte im allgemeinen dieselbe Sprache wie die Unter-Walliser Gesandten. Eine dritte Audienz bei Herrn Krudener, Minister ad interim von Rußland, versprach keinen großen Erfolg. Obgleich er „als ein rechtschaffener und wohlmeinender Herr zu ihnen zu reden schien“, so unterließ er es nicht, ihnen zu bemerken, daß er mit den Rechten, welche dem Bischof und dem Kapitel in den Staatsgeschäften durch die vorliegende Konstitution annoch gelassen wurden, nicht einverstanden sei.

Nachdem die Gesandten von Ober-Wallis an 3 Orten bereits mit geringem Erfolg angeklopft hatten, und von den Ministern der verbündeten Mächte nicht viel Gutes erwarten konnten, versuchten sie noch ein letztes Mittel. Sie begaben sich zum Tagsatzungspräsidenten, legten ihm den Sachverhalt auseinander und eröffneten ihm, daß man die Zwistigkeiten lieber durch die Eidgenossenschaft selber als durch fremde Dazwischenkunft geschlichtet wissen möchte. Aber auch hier war ihr Bemühen erfolglos, indem ihnen der Präsident erklärte, daß die Eidgenossenschaft in Kantons-Verfassungen nur insofern sich mische, als diese dem Bundespakt zuwieder laufen. Ueberdies sollen sie auf die Tagsatzung nicht zuviel bauen, indem die Mehrheit der jetzigen Gesandtschaft zu Gunsten der Unter-Walliser sich aussprechen könnte.

Bis zur Zusammenkunft der angebotenen Konferenz suchten sie nun, die Minister für ihre Zwecke zu stimmen. Gelegenheit hiezu hatten sie, als sie am folgenden Tage beim Minister von Oestreich zu Mittag geladen wurden. Auch ließen sie an alle Minister „weitschichtige Noten“ zukommen. „Was will man anders machen,“ fährt der Bericht der Gesandten weiter, „wenn man an der Schweiz keine Hilfe haben kann: gefallen ihre Räte nicht, so kann man allezeit die Befolgung unterlassen; wollen sie Befehle erteilen, so werden dieselben weniger zu fürchten sein, da sie durch die wahren Wallisfreunde genau werden einberichtet sein.“

Noch ehe die Konferenz zusammenkam, lief eine Note der Minister

beim Landshauptmann de Sépibus ein, deren Inhalt wir hier folgen lassen: „Als die Minister der verbündeten Mächte den Parteien, welche das Wallis teilten, ihre Vermittlung anboten als letztes Mittel, das Land vor den Folgen der Anarchie zu bewahren, konnten sie hoffen, daß die Magistraten und die gutgesinnten Männer dieses Rettungsbrett eiligst ergreifen und endlich mit einander arbeiten würden, um eine Verfassung auszuarbeiten, welche dem Vaterlande Ruhe, öffentliche Ordnung und eine feste und väterliche Regierung sichert.

„Zu ihrem Leidwesen haben die Minister aus den neuesten eingegangenen Berichten sich überzeugen müssen, daß übertriebene Forderungen und lokale oder persönliche Vorurteile die beratenden Versammlungen von Wallis noch einmal von diesem so heilsamen Ziele entfernt haben.

„Eine lärmende Versammlung hat versucht, Beschlüsse zu fassen, welche den von den Ministern in ihrer Note vom 23. Oktober angegebenen Grundbestimmungen schnurstracks zuwieder laufen. Sie hat sich bemüht, das Gleichgewicht der öffentlichen Rechte, die allen Teilen der Bevölkerung zu gute kommen sollen, zu schwächen; sie hat selbst das Bestehen einer ständigen Regierung im Wallis in Zweifel ziehen wollen.

„Die gleiche Mehrheit, ohne Rücksicht auf die Einsprachen einer Hälfte des Landes, hat sich beeilt, das Ergebnis ihrer Beratungen als Verfassung der Republik auszurufen. Sie ist sofort zur Wahl der Staatsräte geschritten, in der doppelten Absicht, das Nachwerk des Parteigeistes mit dem Mantel einer richtigen Organisation zu decken und die Zügel der Regierung, welche die provisorische Behörde durch einen voreiligen Rücktritt unklugerweise aus den Händen gleiten ließ, desto eher zu ergreifen.

„Auf der andern Seite haben die Vertreter der Gemeinden des Unter-Wallis, ebenso leidenschaftlich und ebenso beharrlich, eine Trennung herbeizuführen getrachtet, als ob es nur der Wunsch des Volkes bedürfe, um die Einheit eines Staates, welcher als Kanton in die schweiz. Eidgenossenschaft einzutreten berufen ist, zu zerstören.

„Die einen wie die andern haben die Dazwischenkunft der Minister der verbündeten Mächte mißkannt: jene durch den Versuch, die Verfassung, welche sie einzuführen gedachten, ihrer Prüfung zu entziehen, diese indem sie zu einem äußersten Mittel Zuflucht nahmen, einem Mittel, welches nur zulässig wäre für den Fall, daß die zuvorkommende Dazwischenkunft der Hauptmächte Europas und die wohlwollenden Dienste ihrer Minister sich als ungenügend erwiesen hätten, im Wallis eine richtige und dauerhafte Ordnung der Dinge einzuführen, welche der Gewährleistung der Mächte und der Schweiz würdig ist.

„Der unterzeichnete bevollmächtigte Minister und außerordentliche Gesandte seiner R. R. päpstlichen Majestät, sowohl in seinem als im Namen seiner Amtsgenossen mißbilligt unumwunden ein Vorgehen, welches ebenso unrichtig, in seiner Form als gefährlich für die politische Existenz des Wallis ist. Er nimmt keinen Anstand zu erklären, daß der auf dem lezthin in Sitten versammelten Landrate ausgearbeitete Pakt mehrere unannehmbare Verfügungen enthält, und, da dieser Pakt dementsprechend als einfacher einer nochmaligen Durchsicht unterworfenen Entwurf zu betrachten ist, die diesbezüglich gemachten Wahlen nicht die verfassungsmäßige und endgültige Regierung bilden können. Er mißbilligt gleichfalls jeden Versuch, der eine Trennung von Ober- und Unter-Wallis zum Zwecke hat, deren Vereinigung unter der gleichen Regierung und unter derselben Verfassung ein unwiderruflich gefaßter Beschluß ist.

„Da endlich Wallis noch vor Eintritt in die schweiz. Eidgenossenschaft seine Organisationsarbeiten vollenden muß, welche von der Tagsatzung nur insofern anerkannt werden, als dies früher von den Ministern der verbündeten Mächte, welchen Wallis seine neue Freiheit verdankt, geschehen ist, so ist es dringend, zur Revision des lezten Verfassungsentwurfes zu schreiten. Der Unterzeichnete verlangt also, daß sich die Abgeordneten beider Parteien sofort in Zürich versammeln oder daß denen, welche sich bereits dort befinden, genügende Vollmachten gegeben werden, um die notwendigen Aenderungen, welche diese Verfassung erleiden muß, zu beraten und

„festzustellen, besonders die Artikel betreffend die Bildung, die Befugnisse und die Gewalt der kantonalen Behörden.

„Die Sendung eines Kommissärs an Ort und Stelle würde für die zu erledigenden Geschäfte nicht genügen und kann auch nicht zugegeben werden.

„Indem der Unterzeichnete den Behörden der verschiedenen Teile von Wallis noch einmal den Weg zur Versöhnung zeigt und sie ernstlich aufmuntert, diese Gelegenheit zur Sicherung der Ruhe und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes nicht außer acht zu lassen, glaubt er den deutlichsten Beweis zu liefern für das Interesse, welches die erlauchten Monarchen am Wohlbefinden der Republik nehmen, sowie für sein eigenes Verlangen, dazu beitragen zu können.“

Nach dieser Note wäre eine Konferenz wohl überflüssig gewesen; nichtsdestoweniger trat sie unter dem Vorsitz von Herrn Baron von Schraut am 12. Januar 1815, 5 Uhr abends, zusammen. Zugegen waren noch Abdington (für England), Krüdener (für Rußland), von Wyß (Tagssatzungspräsident) und Mousson (eidg. Kanzler).

Die auf dem „Sturm-Landrat“ entworfene Verfassung wurde Artikel um Artikel durchgesehen und ausgemustert. Jedoch waren alle Bemerkungen darüber schon zum voraus bereitet und „die Herren Unterwalliser hatten dabei weiter keine Mühe, als ihren Beifall durch ehrfurchtsvolle Verbeugung an Tag zu legen, Herr Schraut und Mousson waren ihre Redner“, wie der Bericht der Ober-Walliser Gesandten sich ausdrückt. Die Gesandten von Ober-Wallis, einzig unterstützt vom Tagssatzungspräsidenten von Wyß, suchten zu retten, was unter solchen Verhältnissen zu retten war.

Das Ergebnis dieser Konferenz war die Durchsicht des Verfassungs-Entwurfes, die Einberufung einer zweiten Zusammenkunft zur Neuberatung desselben, schriftliche Mitteilung des Endergebnisses an beide Parteien, sofern man nicht vorziehe, die in der Note vom 10. Januar erwähnten Vollmachten oder neue Gesandtschaften zu schicken. Man wünschte allgemein Zusendung der Verfassung.

Diese traf denn auch am 20. Januar in Sitten ein, begleitet von einer Note der Minister, welche die getroffenen Abänderungen be-

gründet. Bei Durchsicht des Verfassungsentwurfes vom 5. Dezember 1814 hätten die Minister die Ueberzeugung gewonnen, daß mehrere wesentliche Artikel abgeändert werden müssen. Die Protestationen der Ober-Walliser, wie sie den 17. und 29. November zu Protokoll gegeben wurden¹⁾, sowie mehrere Verfügungen, welche den Absichten der Minister entgegen sind, mache ihre sofortige Dazwischenkunft dringend notwendig. Wallis könne nur dann als freier und unabhängiger Staat anerkannt werden, wenn seine Verfassung die Grundsätze einer guten Organisation enthalte. Die Eidgenossenschaft ihrerseits werde nur dann die Konstitution anerkennen, wenn dies vorher die Minister gethan. Die Klagen des Unter-Wallis betreffend, wegen ungenügender Vertretung im Landrate im Verhältnis der Bevölkerung, kommen die Minister auf ihre früher gefassten Beschlüsse nicht mehr zurück. Als Gegengewicht sollen aber die Stimmen nicht nach Zehnden, sondern nach Abgeordneten gezählt werden. In ihren frühern Notizen hätten sie das Referendum abgeschafft, und trotzdem seien im Entwurf Gesetze und Reglemente der Genehmigung der Räte und Gemeinden unterstellt. Die Minister beschränken das Referendum auf die Zehndenräte und zwar nur für Gesetze, mit Ausnahme immerhin in Sachen der Eidgenossenschaft. Die im Entwurf vorgesehene Regierung sei zu schwach und absolut ungenügend. Die Regierung solle aus 3 ersten Beamten und 2 Staatsräten zusammengesetzt sein, welche aus beiden Landesteilen genommen werden müssen. Eine starke Regierung allein könne Wallis die wahre Freiheit sichern und vor Anarchie bewahren. Die Mehrausgaben, welche diese Verfügung nach sich zieht, seien keineswegs im Verhältnis zu den großen Vorteilen. Auch könne man die Landesteile, aus welchen die Staatsräte genommen werden, verpflichten an deren Besoldung beizutragen. In Anerkennung der alten Herrlichkeiten des bischöflichen Sitzes seien dem Bischof die 4 Stimmen im Landrate gelassen, dagegen werden ihm keine Vorrechte mehr anerkannt, welche unwiderruflich abgeschafft seien. Die

¹⁾ Der Wortlaut dieser Erklärungen ist mir nicht bekannt, da das Protokoll dieses Landrates nicht gefunden werden konnte.

Oberherrschaft und Gerechtsame der Bischöfe hätten ihr Ende genommen, und jeder Versuch zu ihrer Wiedereinführung würde unnütz sein. Die Stimme des Bischofs im obersten Gerichtshofe sei dementsprechend unzulässig, ebenso die Beteiligung des Kapitels an der Wahl der Regierung. Die gegenwärtiger Note beigegebene Verfassung enthalte alles was zum Wohle von Wallis erforderlich sei, und die Umstände erfordern gebieterisch deren Annahme (Note der Minister).

Durch ein gleichzeitiges Schreiben wird die Regierung eingeladen, den Landrat sofort zur Beratung der vorliegenden Verfassung zusammenzuberufen. Die Abgeordneten sollen gleichfalls unumschränkte Vollmachten haben, dieselbe im Namen des Volkes anzunehmen, was bis 6. oder 8. Februar geschehen müsse.

Trotz dem unzweideutigen Wunsche der Minister geschah abermals nichts. Der Landrat tagte vom 12. bis 23. Februar in Sitten und löste sich dann auf, ohne seine Beratungen vollendet zu haben.

Nach einer weitem Note der Minister, dem Lande bei längerem Zögern den Verlust seiner Unabhängigkeit in Aussicht stellend, mußte ein neuer Landrat einberufen werden. So kam denn endlich die Zangengeburt am 10. Mai 1815 zur endgültigen Beratung und Annahme durch die Gesandten ohne Weiterziehung an das Volk, was den Ministern und der Tagsatzung mitgeteilt wurde.

Nachdem sämtliche Gesandtschaften mit lebhaftem Wohlgefallen die glückliche Beendigung der innern Zerwürfnisse im Wallis vernommen hatten, beauftragten sie den Tagsatzungspräsidenten, in einem Antwortschreiben, im Namen der Tagsatzung diesen Gefühlen den geeigneten Ausdruck zu geben, was er am 20. Mai auch gethan hat.

Die diplomatische Kommission der Tagsatzung wurde beauftragt, zu prüfen, ob die Verfassung keine dem Bundespakt zuwiderlaufende Bestimmungen enthalte, und über das zu stellende Mannschäfts- und Geldcontingent zu unterhandeln. Der Bericht der diplomatischen Kommission vom 16. Juni war für Wallis sehr schmeichelhaft. Den ersten Punkt betreffend, so war sie weit entfernt, in der Verfassung irgend eine dem Bundespakt entgegengesetzte Verfügung zu finden; sie nahm vielmehr im Artikel 20 eine weise Vorsorge wahr, damit

alle gemeineidgenössischen Angelegenheiten auf eine schnelle und den Erfolg sichernde Weise beraten und behandelt werden. (Siehe Beilage 2, Artikel 20).

Wenn man die ehemaligen Staatseinrichtungen dieses Landes, die mancherlei Mängel und Gebrechen seiner Regierungsformen betrachtet, so darf man wahrlich der Republik Wallis Glück wünschen, in ihrer Rekonstituierung zu einem solchen Resultate gelangt zu sein. Nach der Ueberzeugung der Kommission kann die neue Konstitution des Wallis den besten schweizerischen Kantonsverfassungen zur Seite gestellt werden, und sie nimmt daher keinen Anstand, bei der hohen Tagfagung darauf anzutragen, daß, sobald die definitive Vereinigung des Wallis mit der Schweiz erfolgt ist, die Verfassungsurkunde dieses neuen Kantons ins eidgenössische Archiv niedergelegt und unter die im 13. Artikel des Bundesvertrages ausgesprochene Gewährleistung gestellt werden möchte. (Bericht der diplomatischen Kommission.)

Zur Ermittlung des zu stellenden Mannschaftskontingents wurde von Stöckalper, in Abwesenheit von Dufour zu einer Sitzung und Beratung einberufen. • Trotz den Einsprachen von Stöckalpers wurde als Basis 64,000 Seelen angenommen und das Kontingent auf 2400 festgesetzt. Der Geldbeitrag wurde auf 9600 Schweizerfranken bestimmt, unter der Bedingung, daß Wallis mit doppeltem Eifer der Bewaffnung und Ausrüstung seiner Truppen sich widme und seine Geldbeiträge regelmäßig einzahle.

Auf dieser Basis nun wurde die Vereinigungsurkunde ausgearbeitet, welche außer den genannten Bestimmungen betreff Mannschafts- und Geldkontingent, der Republik Wallis ihren Platz nach dem Kanton Waadt, also als zwanzigster, einräumt und in den folgenden Artikeln also lautet: „Artikel 4. In Rücksicht der beschränkten ökonomischen Lage des Walliservolkes und des vielfachen Unglücks, welches im Jahre 1798 und seither dasselbe betroffen hat, willigt die schweiz. Eidgenossenschaft ein, daß sein Geldkontingent nach einem Mittelfuß zwischen den Kantonen erster und zweiter Klasse berechnet und auf 9600 Schweizerfranken bestimmt werde. Durch diese Bestimmung und jene im vorhergehenden Artikel (Mannschaftskontingent) soll in-

deß der durch den dritten Artikel des Bundesvertrages vorbehaltenen Revision der Beiträge an Mannschaft und Geld nicht vorgegriffen sein.“ „Art. 5. Durch die Ratifikation des gegenwärtigen Aktes soll die Vereinigung vollendet und definitiv auf ewige Zeiten abgeschlossen sein.“

Bei Einsicht dieser Aufnahmebedingungen hielt der Regierungsrat dafür, daß die Einwohnerzahl zu hoch gegriffen sei, was eine Verminderung des Mannschaftskontingentes zur Folge hätte. Dasselbe sollte höchstens auf 1200 Mann zu stehen kommen, weshalb die Tagssatzung ersucht wird, diese letztere Zahl gelten zu lassen. Wie alle andern Zuschriften wanderte auch diese an die diplomatische Kommission. Diese findet es jetzt, da die meisten Stände sich bereits darüber ausgesprochen, nicht am Plage, an dem Vereinigungspakte etwas zu ändern. Man solle jedoch dem Stande Wallis die Versicherung geben, daß man bei der nächsten Revision der Beiträge, welche spätestens an der ordentlichen Tagssatzung 1816 solle vorgenommen werden, das Mannschaftskontingent für Wallis nach bestimmt beigebrachten Daten dementsprechend vermindern werde.

Durch Schreiben vom 8. Juli zeigte die Regierung von Wallis der Tagssatzung die Beschiedung derselben durch bevollmächtigte Gesandten an, welche die Vereinigungsurkunde im Namen des Landes unterzeichnen sollten, immerhin sich verwahrend gegen die Garantie der helvetischen Nationalschuld. Da die Wienererklärung vom 20. März 1815, bestätigt durch den Pariserfrieden, alle seit 1813 der Schweiz einverleibten Landesteile bestimmt davon ausschließt, so war die Verwahrung gegenstandslos und die Vereinigungsurkunde wurde am 4. August unterzeichnet, für die Schweiz: von Müllinen und Rüttimann, für Wallis: Kaspar Eugen von Stockalper und Michael Dufour. Die feierliche Aufnahme und Eidesleistung erfolgte sodann am 7. gleichen Monats im Beisein aller Gesandtschaften der 22 Stände.

Nach langen Wirren und Streitigkeiten jeder Art, nachdem sogar die Freiheit des Landes gefährdet war, ist das Werk endlich durch fremde Vermittelung zu Stande gekommen. Das zähe Festhalten

am Althergebrachten mit dem Wunsche der Rückkehr zu den alten Verhältnissen einerseits, anderseits die junge Kraft eines unlängst befreiten Volkes, welches seine verbrieften Rechte und Freiheiten gewahrt wissen wollte, lagen sich beinahe zwei Jahre gegenüber, und vergeudeten diese kostbare Zeit mit resultatlosen ordentlichen und außergewöhnlichen Ratstagen, lärmenden Sitzungen und unterwürfigen Gesandtschaften an fremde Minister. Sie haben denn auch wenig zu ihrer Verfassung, zur Grundlage ihrer staatlichen Ordnung beigetragen; sie erhielten dieselbe aus fremden Händen und das Votum der Gesandten am 10. Mai war die Sanction eines Werkes, welches ihren frühern Beratungen sozusagen fremd war. Die Verfassung gefiel keinem Teile: die Ober-Walliser erklärten, nur der Macht der Umstände zu weichen; die Unter-Walliser erwarteten den günstigen Augenblick, um zu ihren Rechten zu gelangen.

Ich enthalte mich, über die Konstitution mich zu ergehen; sie folgt als Anhang in ihrem Wortlaut (S. Beilage 2). Nur möchte ich auf den Art. 57 ganz besonders aufmerksam machen, welcher in den Verfassungswirren von 1839 und 40 so oft zur Sprache kommt. Es brauchte eine Revolution, einen Bürgerkrieg, um diesen Artikel aus der Verfassung auszumerzen.

Oggier Gust., Archivar.

Beilage 1.

Sitten, den 16. November 1814.

Hochgeachteter, besonders Hochgeehrtester Herr!

Gleich wie ich es vorausgesehn, hat es sich zugetragen, wir haben mit den Unterwallisern gar nichts ausrichten können. Sie sind unabänderlich auf dem Entschlusse geblieben, daß die Landräte durch

zwölf Zehnden sollen zusammengerufen werden, und daß man dabei nicht zehndenweis sondern kopfweis stimme, welches ihnen gegen die Obern eine ewige Mehrheit verschaffen würde, indem dieselbe durch tägliches und nächtliches Laufen, durch Ausschickung von Emissaires und lügenhafte Reden auch die Zehnden Sitten und Sieders, mit Vorbehalt der Stadt und des Kontrakt, haben auf ihre Seiten zu bringen gewußt. Wie hart uns dieses ankommen müßte durch unsere ehemalige Untertanen regiert zu werden, ist leichter zu fassen als zu beschreiben. Ich wollte lieber ein gänzlicher Untertan eines rechtschaffenen Fürsten sein, als mich den Untern Wallisern unterwerfen; als Untertan eines rechtschaffenen Fürsten wüßte ich wenigstens meine Schuldigkeit zu gehorsamen, aber durch die Unterwalliser übermehrt zu werden hätten wir den Anschein an der Oberherrlichkeit Teil zu haben, aber in der That nichts anderes als die Erniederung, uns täglich das Gesetz vorschreiben zu lassen. Sie sehen hieraus, Hochgeachteter Herr, wie viel uns daran gelegen ist, denen Bemühungen unserer ehemaligen Untertanen zu widerstehen. Auf den eingelaufenen Bericht, daß dieselbe eine Kutsche in Bereitschaft halten, um sogleich nach Auflösung unserer Versammlung Jemand nach Zürich zu schicken, um die Minister der verbündeten Mächte von allem was vorgegangen, einzuberichten und zu ihren Gunsten zu gewinnen, haben auch wir die Nothdurft eingesehen, jemanden in der größten Eile und Gefahr über die Gemmi dahin abzuschicken, um das Unheil abzuwenden und den Untern zuvorkommen. Die H. Deputierten des obern Wallis haben deßhalb ihr Vertrauen auf den Herrn Graf von Courten und meine wenige Person gesetzt, deßwegen wir in diesem Augenblick die Reise antreten. Ich kann ihnen nicht schildern, mein Hochgeachteter Herr, wie ungern ich mich dieses Auftrages belade, indem sehr ungewiß ist, ob unsere Sendung einen glücklichen Erfolg haben werde oder nicht, und im Fall wir nichts gewinnen könnten, die ganze Verantwortlichkeit auf mich zurückfiele, indem das Walliser Volk glauben möchte, ich hätte einige Schuld daran. Aber gehe es in Gottes Namen wie es wolle, ich will mich lieber aller Gefahr aussetzen, als dem dringenden Ansuchen der H. Deputierten, welche mich bitten,

mich in diesem Falle gebrauchen zu lassen, zu widerstehen, und dadurch den Vorwurf zu verdienen, ich hätte mich geweigert meinem Vaterlande in diesem heiklichen Zeitpunkte laut meinen Kräften die möglichste Dienste zu leisten.

Ich setze hier die Abschrift von drei Briefen bei, welche abseiten der kaiserlich und königlichen Ministern betreffend unser Schicksal eingelaufen sind. Die zwei ersten sind an den provisorischen Regierungsrat eingekommen, der letzte aber, unterzeichnet vom österreichischen Minister Schraut an Herrn Großkastlan von Sitten und an mich. Sie sehen durch das zweite Schreiben, daß die Minister wegen Zahl der Zehnden und Weise in dem Landrat zu stimmen uns ihre Hände bieten, um uns mit dem untern freundschaftlich zu verstehen, hiemit habe ich betreffend diesen ersten Gegenstand noch die beste Hoffnung eines glücklichen Erfolgs. Durch das Schreiben aber des Herrn Schraut ersieht man klar, daß die Minister durch Anstiftung der Unterwalliser dem Volk nicht allzugroße Gewalt wollen zukommen lassen, und diesfalls weiß ich nicht, ob unsere Vorstellungen etwas werden wirken können, doch beteuere ich ihnen bei Gott, daß wir unser mögliches thun werden, um alles zu erhalten, was immer zu erhalten ist. Die Zeit läßt mir nicht zu, ihnen mehreres zu schreiben, Herr Großkastlan Bürcher von Goms, der die Gefälligkeit hat, ihnen dieses Schreiben zu übergeben, wird auch der Gütigkeit sein, über alles andere, was hier abgehandelt, und verabredet worden, besonders in Betreff eines baldigen in Turttmann zwischen den obern Zehnden zu haltenden Zusammentrittes und zwar in Gegenwart einer gewissen Anzahl rechtschaffener Ehrenmänner abseiten eines jeden Zehndens, eine weitläufigere mündliche Information zu geben. Ich beschränke mich also ihnen die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung darzubieten, mit welcher ich die Ehre habe zu sein

Ihr gehorsamt ergebendster Diener

sig. de Sepibus.

Mitgeteilt von Herrn Imesch, Professor, Brig.

Beilage 2

(Die mit * bezeichneten Artikel sind dem Entwurf vom 5. Dezember 1814 gleichlautend; die übrigen sind auf dem im Mai 1815 zusammenberufenen Landrat entweder neu hinzugekommen oder haben eine andere Fassung erhalten.)

Staats-Verfassung der Republik und Kantons Wallis

Im Namen des Allmächtigen Gottes

Tit. I

* Art. 1

- * Die heilige, katholische, apostolische, römische Religion ist ausschließ-
* lich die Religion des Staates, diese allein hat einen öffent-
* lichen Gottesdienst, das Gesetz sorget, daß selbe weder in ihrer
* Lehre, noch in ihrer Ausübung gestört werde.

Tit. II

* Art. 2

- * Das Wallis bildet einen freien unabhängigen Staat und mit
* der Schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibter Kanton, welcher
* durch die nemliche Verfassung und Gesetze regiert wird, seine Re-
* gierungsform ist demokratisch.

Tit. III

Einteilung des Gebiets

* Art. 3

- * Der Kanton Wallis ist in 13 Zehnen eingetheilt, nemlich:

* Goms
* Brig
* Visp
* Naren
* Leud
* Siders

} in ihren wirklichen Grenzen.

* Hereng in den Grenzen des vorigen Zehntend Heremeng sammt
 * den Gemeinden Saviese, Aghent und Arbaz.

* Sitten bestehend aus denen Gemeinden Sitten, Bremis, Salsins, Beshona und Grimslen.

* Gundis, gebildet aus den Gemeinden Gundis, Mendaz, Ardon und Chamofon.

* Martinacht in sich begreifend die Gemeinden Martinacht
 * Fully, Saillon, Leytron, Nibbes, Fferable, Saxon und Bouvernier.

* Entremont

* St. Maurice

* Monthey

} in ihren wirklichen Grenzen.

* Art. 4

* Sitten ist der Hauptort des Kantons, die höchste Behörde halten
 * da ihre Sitzungen.

Tit. IV

Politischer Zustand der Bürger

* Art. 5

* Als Bürger Wallefienz werden anerkannt alle diejenigen, welche
 * irgend in einer Gemeinde oder Burgschaft wirkliche Bürger oder
 * Gemeinder sind oder sich als solche werden annehmen lassen, das
 * von sind ausgenommen jene, welche sich seit 1802 als Bürger oder
 * aber Gemeinder haben annehmen lassen, ohne vorläufig die durch
 * das Gesetz vorgeschriebene Naturalisation erhalten zu haben.

* Art. 6

* Die Fremden werden nicht als Bürger oder Gemeinder können
 * angenommen werden, bevor sie von dem Landrat sind naturalisiert
 * worden.

* Art. 7

* Niemand ist stimmenfähig bevor er das 18. Jahr erfüllt hat.
 * Derjenige so in mehreren Gemeinden das Gemeindrecht besitzt, kann
 * nur in einer einzigen Gemeinde stimmen, und er kann dieses Recht

- * in einer andern nicht ausüben ohne seine Erklärung den Hauptern
- * beider Gemeinden 6 Monathe vorher gemacht zu haben.

* Art. 8

- * Niemand kann vor erfülltem 21. Jahre zu den Gemeindsstellen,
- * und vor 25 Jahren zum Haupte des Gemeind-Rates noch Zehnen
- * Aemtern gewählt werden.

Tit. V

Zustand der Grundgüter

* Art. 9

- * Kein Grundstück ist mit einer ewigen und unauslößlichen Be-
- * schwerde beladen.

Tit. VI

Gemeind- und Zehnen-Behörden

Art. 10

Jede Gemeinde hat einen Gemeinderath, der mit der Verwaltung der Gemeindgüter, Bestimmung der Ausgaaben, Austheilung der Beschwärden und der Verordnung der Ortspolizey beladen ist, die Grundsätze dieser Einrichtung werden durch ein auf alle Gemeinden des Landes anwendbares Gesetz bestimmt werden.

Art. 11

In einem jeden Zehnen ist ein Rath, welcher zu den Stellen, so ihm eigen sind, ernennt, die Ausgaaben bestimmt, die Beschwärden unter die Gemeinden vertheilt, und überhaupt alles, so den Zehnen Betrifft, verordnet. Ein Gesetz des Landraths bestimmt gleichfalls auf eine allgemeine Weise die Organisation dieses Rathes.

Art. 12

Ein jeder Zehnen hat einen Vorsteher und einen Statthalter, so ihn in Abwesenheits- und Krankheits-Fall ersetzt, sie werden durch den Zehnen-Rath gewählt, die Bedingungen der Wahlbarkeit sind die

nemliche, welche durch den 18. Art. für die Gesandte auf den Landrath vorgeschrieben sind.

* Art. 13

* Der Zehnen-Vorsteher ruft den Zehnenrath zusammen, er führt
* darin den Vorsitz, er ist mit der Vollziehung der Gesezen, und der
* Vorordnungen der Ober- und Zehnen-Behörden beladen, er gebraucht
* hierzu die Gemeinshäupter, so ihm dießfalls untergeordnet sind.

Tit. VII

Von der Regierung

* Art. 14

* Die höchste Gewalt ist in einem einzigen Corps unter dem Namen Landrath anvertrauet.

Art. 15

Der Landrath besteht aus den Gesandten der Zehnen, jeder Zehnen hat vier Gesandte welche aus der Staatskasse bezahlt werden.

Art. 16

Jeder Gesandte des Landraths stimmt insbesondere, und die Stimmen werden kopfweis gezählt.

* Art. 17

* Die Gesandte auf den Landrath werden durch den Zehnenrath
* ernennet. Die Zehnen-Vorsteher sind von Rechtswegen Gesandte
* auf den Landrath, die Gesandte bleiben zwey Jahr lang an ihrer
* Stelle und sind immer wieder wahlfähig.

Art. 18

Um auf den Landrath wahlbar zu seyn muß man 25 Jahr erfüllt, das Amt eines Gesezgebers, Richters, oder Verwalters in den höheren Behörden, oder im Zehnen besessen, oder das Amt eines öffentlichen Schreibers ausgeübt oder den Rechts, oder Medicins doctor-Grad erhalten oder eine Offiziers Stelle in den Linien Truppen bekleidet haben.

Art. 19

Der hochwürdigste Bischoff hat Sitz und Stimme im Landrath, seine Stimme giltet soviel als jene eines Zehners, und zählt für vier Stimmen.

Art. 20

Der Landrath hat die Gesetzgebende Gewalt, die Gesetzes-Vorschläge werden durch den Staatsrath vorbereitet, kein Gesetz kann vollzogen werden bevor es denen Zehnen Räthen wird hinterbracht, und durch die Mehrheit derselben bestätigt worden seyn, die Finanz Gegenstände, Militär Capitulationen, und Annehmungen der Fremden zu Landes Leuten werden nicht nur denen Zehnenrath, sondern auch denen Gemeinderäthen hinterbracht. Das Referendum ist nicht auf jene Gegenstände anwendbar, welche das Wallis als Schweizer Kanton betreffen, und welche aus denen durch den Landes Verein bestimmten Verhältnissen und Obliegenheiten herfließen.

Art. 21

Er beschließt Militär-Capitulationen und andere Verträge über Polizey und Oekonomische Gegenstände.

* Art. 22

* Er ernennt zu den geistlichen Würden und Pfründen zu welchen die ehemalige Regierung ernannte.

* Art. 23

* Er hat das Recht zu begnädigen und die Straffen zu vermindern.

Art. 24

Er hat ausschließlich das Recht Geld zu schlagen.

Er nimmt alle Jahr im Mayen Monat die Rechnungen des Landseckelmeisters ab und macht sie bekannt.

Art. 25

Der Landrath ernennt einen Landshauptmann, einen Landshauptmann Statthalter, einen Landseckelmeister, und zwey Staatsräthe, sie werden in oder außer seiner Mitte gewählt. Der Landshaupt-

mann=Statthalter, Landseckelmeister und die Staatsräthe einmahl erwählt, sind von rechtswegen in der Zahl der Gesandten ihrer respectiven Zehnen einbegriffen.

Er ernennt auch aus seiner Mitte zwey Schreiber um das Protocoll von seinen Berathungen abzufassen, und erwählt gleichfalls die Abgesandten des Kantons Wallis auf die Eydgenössische Tagsatzung in der Schweiz.

Alle dem Landrath zugehörnde Ernennungen werden durch geheimes und absolutes Stimmenmehr entschieden.

Art. 26.

Um zu den Würdigkeiten eines Landeshauptmanns, Landeshauptmann=Statthalters, Landseckelmeisters, und eines Staatsrathes gelangen zu können muß man das 30. Jahr zurückgelegt, und das Amt eines Gesetzgebers, Richters, oder Verwalters in den oberen Behörden bekleidet haben.

Art. 27

Von den fünf Mitgliedern des Staatsrathes werden immer zwey aus den fünf westlichen Zehnen, und die drey übrigen aus denen acht Orientalischen gewählt. Von den zwey Staatsgliedern der Westlichen Zehnen wird einer immer mit einem der drey ersten Aemtern dieses Korps bekleidet seyn.

Es kann aus dem nämlichen Zehnen einmahlen mehr als ein Mitglied im Staatsrath seyn.

* Art. 28

* Er versamlet sich zweymal des Jahres, nämlich den ersten Montag May, und den letzten Montag Wintermonat.

Art. 29

Der Landshauptmann führt im Landrath und Staatsrath den Vorsitz, er unterzeichnet und Sigillirt die Gesetze, und alle übrige Akten der Oberbehörden. Bey eintreffender Stimmengleichheit ist seine Stimme entscheidend, er empfängt die Bittschriften und die an die Regierung geschickte Brieffschaften, er trägt die durch den Staatsrath den Berathungen des Landraths vorzulegende Gegenstände vor, und

giebt dem Landrath Bericht von seinem mit den übrigen Staaten der Schweiz, und mit dem Auslande gehaltenen Briefwechsel.

Die Gegenstände, welche die Zehnen Räthe der Landesversammlung vorzubringen wünschen, müssen dem Landshauptmann mitgetheilt werden, um vorläufig im Staatsrath berathschlaget zu werden.

* Art. 30

* Der Landshauptmann Statthalter ersetzt den Landshauptmann
* in Krankheits- und andern Verhinderungs-Fällen.

* Art. 31

* Die Schreiber des Landraths contersignieren die Gesetze, und andere von dieser Versammlung ausgehende Akte, einer schreibt und
* verfasset in der deutschen, der andere in der französischen Sprache.

Art. 32

Der Staatsrath welcher in dem Hauptorte des Kantons residirt, bestehet aus dem Landshauptmann, Landshauptmann-Statthalter, Landsekretär und zwey Staatsräthen, er ernennt seinen Sekretär unter dem Titel eines Landesschreibers, sowie auch die übrigen für sein Bureau nöthige Beamte.

Art. 33

Der Staatsrath ruft sowohl die gewöhnlichen als außerordentlichen Landräthe zusammen, er bereitet alle ihren Berathungen vorzulegende Gegenstände. Er ist mit der Vollziehung der Gesetzen, mit der öffentlichen Verwaltung, mit der General-Polizey, mit der Entscheidung der Verwaltungszwistigkeiten beladen, und trägt die dießfalls nöthige Beschlüsse. Er hat die Aufsicht über die Lands-Strassen, er besorgt die Correspondenz mit dem Directorium der Schweizerischen Eidgenossenschaft, mit den Regierungen der übrigen Kantonen und mit dem Auslande.

Art. 34

Der Staatsrath kann die Gesandten des Landraths auch außerordentlich, sogar in minderer Anzahl, als gewöhnlich, zusammen rufen, in diesen aus geringerer Zahl bestehenden Versammlungen kann über

keine andern Gegenstände berathen werden, als jene so in dem Einladungs-Brief sind angekündet worden. Auf das Begehren von 3 Zehnen ist der Staatsrath gehalten einen außerordentlichen Landrath zusammen zu rufen. Desgleichen kann er auch nicht versagen dem Landrath einen durch 3 Zehnen begehrten Gegenstand vorzutragen.

Art. 35

Wenn die innere Ruhe oder äußere Sicherheit bedrohet werden sollte, kann der Staatsrath über die bewaffnete Macht verfügen, ist aber gehalten die Zehnen sogleich von den getroffenen Maaßregeln einzuberichten, und wenn es die Umstände erfordern einen außerordentlichen Landrath zu beschreiben.

Art. 36

Die Dauer der Amtsverrichtungen des Landshauptmanns, des Landshauptmann Statthalters, des Landsekretärmeisters, und der Staatsräthe sind immer wieder wählbar, aber der Landshauptmann kann nur nach einem Zwischenraum von zwey Jahren wiederum zu diesem Amte erwählt werden.

Tit. VIII

Gerichts-Ordnung

* Art. 37

* Eine jede Gemeinde kann einen Richter erster Instanz unter dem Namen Kastlan haben, vor welchen alle Zivilhändel gebracht werden; und welcher ein Endurtheil bis auf den vom Gesez zu bestimmenden Betrag fällt.

* Art. 38

* Die Kastlane werden durch die Gemeindsversammlung in einer Gemeinde auf einem von dem Rath gemachten dreysfachen Vorschlag gewählt.

* Art. 39

* Diese Beamte bleiben 2 Jahre in ihrer Verrichtung, sind immer wieder wählbar, und leisten den Eid in die Hände des Großkastlans.

* Art. 40

* Sie haben einen Statthalter, welcher auf die nemliche Art und
* für die nemliche Zeit gewählt wird.

* Art. 41

* In einem jeden Zehnen ist ein Obergerichter unter dem Namen.
* Großkastlan, der auch einen Statthalter hat.

* Art. 42

* Der Großkastlan wird durch den Zehnen Rath gewählt, er legt den
* Eid in die Hände seines Vorstehers ab, er bleibt zwey Jahre im
* Amt und kann wieder bestätigt werden.

* Art. 43

* Der Großkastlan Statthalter wird auch durch den Zehnen Rath
* gewählt, und leistet den Eid in die Hände des Großkastlans.

* Art. 44

* Um zu den Stellen eines Großkastlans und Großkastlans Statt-
* halters zu gelangen, werden eben jene Bedingungen erfordert, wie
* für einen Abgesandten auf den Landrath.

* Art. 45

* In den Zehnen, welche wegen ihren Gemeinds-Bequemlichkeiten
* keine Kastlane haben wollen, können die Großkastlane die Verricht-
* ungen des Richters erster Instanz erfüllen. Der erste Gerichts-
* besitzer erlegt den Großkastlan Statthalter in Krankheits- und an-
* deren Verhinderungs-Fällen.

Art. 46

Von einem in erster Instanz gefällten Urtheil wird an den Zehnen
Gerichtshofe appellirt, dieser bestehet aus dem Großkastlan, oder sei-
nem Statthalter, und Sechs Besizern, diese Besizer werden durch
den Zehnen Rath erwählt, und aus den gewesenen Großkastlanen,
ihren Statthaltern, Richtern, Altrichtern, geschwornen Schreibern und
andern Personen genommen, welche durch ihre Sitten und Kenntnüsse
die Empfehlungswürdigsten sind. — Der Zehnen Gerichtshoff trägt

ein Endurtheil bis auf den Betrag einer durch das Gesetz bestimmten Summe.

* Art. 47

* Die Zehnen Richter werden für 2 Jahr gewählt und können
* immer wieder ernamset werden.

Art. 48

Es werden zwey Stellvertreter ernamset um diese Beyfiger zu
ersetzen.

* Art. 49

* Ein Richter kann bey einem Handel, über welchen er schon ge-
* sprochen, nicht im Appellations-Gericht sitzen.

* Art. 50

* Der Großkassan oder dessen Statthalter samt 8 Beyfigeren ge-
* wählt, wie im 48. Artikel gemeldet worden ist, bilden das Criminal-
* Gericht erster Instanz, der Großkassan mit zwey Beyfigeren richtet
* den Prozeß ein, dieser Gerichtshof hat auch zwey Stellvertreter.

Art. 51

Es ist ein Oberster-Gerichtshof für den ganzen Kanton, welcher
sowohl die zivilische als kriminalische Händel, so die Competenz der
Untergerichts-Höfen übersteigen, ein Endurtheil fällt, er bestehet aus
13 Gliedern, die durch den Landrath im Verhältnis eines Gliedes
durch Zehnen in oder außer seiner Mitte ernamset werden, er hat
auch das Recht die öffentlichen Schreiber zu ernamfen.

Art. 52

Die Richter im Obersten Gerichtshof bleiben zwey Jahr in ihren
Amts Verrichtungen und können allzeit wieder gewählt werden.

* Art. 53

* Der Gerichtshof erkieset seinen Präsidenten unter seinen eignen
* Gliedern, dieser wird Obristlandrichter und sein Statthalter Land-
* richter-Statthalter genannt er ernamset auch seinen Gerichtsschreiber.

Tit. IX

Allgemeine Verfügungen

* Art. 54

- * Die Gerichts und Verwaltungs-Verrichtungen sind miteinander
- * nicht unverträglich.

Art. 55

Bey dem Abstimmen über alle Verfügungen und Beschlüssen des Landrathes entscheidet die Mehrheit der Stimmen, und soll die Minderheit der Mehrheit folgen.

* Art. 56

- * Der Staat ist mit den Unkosten des öffentlichen Unterrichtes in
- * den Kollegien von Sitten, Brig und St. Maurizen beladen.

* Art. 57

- * Vor Verlauf von 5 Jahren können in der gegenwärtigen Ver-
- * fassung keine Abänderungen gemacht werden, diese Veränderungen
- * sind unzulässig, wann sie nicht in zwey aufeinander folgenden Land-
- * rathen genehmiget, und durch die Mehrheit von neun und dreißig
- * Stimmen beschloffen werden.

* Art. 58

- * Das Sigill des Kantons hat ein weißes und rothes Feld mit
- * dreizehn Sternen, deren Farbe weiß im rothen, und roth im weißen
- * Feld ist. Die Einschrift wird *Sigillum Reipublicæ Valesiæ*.

Der konstituierende Landrath

Beschließt.

Daß die gegenwärtige in acht und fünfzig Artikeln bestehender Verfassung im Namen des Wallesianischen Volkes angenommen ist um die Grundverfassung des Kantons Wallis zu seyn.

Daß fünf Originalien derselben abgefaßt, von dem Präsidenten und Sekretären des Landrathes unterschrieben werden sollen, um drei der gemeldten Originalien seinen Excellenzen den Ministern von Oesterreich, Rußland und England bey der Schweizerischen Eidgenossenschaft zuzustellen, und das andere der Schweizerischen Tagsatzung vorzulegen, und das fünfte in das Archiv des Kantons abzulegen.

Auszug aus dem Protocolle des Landrathes von Wallis den May-Monat tausend achthundert und fünfzehn.

Der Präsident des Landrathes:

(unterschrieben) de Sepibus.

Die Sekretären des Landrathes:

(unterschrieben) Ruten. Dufour.

